

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt für Chemnitz und Umgegend



besonders für die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Vorna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Glösa, Selbersdorf, Silberdorf, Kappel, Reustadt, Schönau

Die Abonnenten erhalten mit dem Anzeiger allwöchentlich **4 Unterhaltungs-Blätter**, sowie das **Städtische, reich-illustrirte humoristische Anzeiger-Bilderbuch**.

Abonnementbestellungen, vierteljährlich 1.50 Pf. (Batz. 40 Pf.), monatlich 50 Pf. (Batz. 15 Pf.), nehmen an die Verlags-Expedition und Ausgabestellen in Chemnitz und obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur bei den Postanstalten — Postzeitungs-Preisliste für 1885 Nr. 1114 — bestellt werden. In Oesterreich-Ungarn ist der Chemnitzer Anzeiger zum Abonnementpreise von vierteljährlich 1 Gulden 41 Kr., monatlich 47 Kr. (exkl. Abgabekosten) durch die Postanstalten zu beziehen.

Insertionspreise: die (schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfennige. — Unter Eingangs pro Zeile 30 Pfennige. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Annoncen-Annahme für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittag. — Annoncenbestellungen von auswärtig wolle man den Insertionsbetrag stets beifügen (kleiner Betrag in Briefmarken) je 8 Silben der gewöhnlichen Korpusgröße bilden eine Zeile und kosten 15 Pfennige.

Verlags-Expedition: **Alexander Biede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).**

Bekanntmachung.

Der Rangleichenbesitzer Herr Eugen Wildorf in Reustadt beabsichtigt, in dem unter Nr. 10 des Brandversicherungskatasters, Nr. 97 des Flurbuchs für Reustadt gelegenen Grundstücke einen Ringelgeldeofen zu errichten.

In Gemäßheit § 17 der Reichsgewerbeordnung vom 1. Juli 1883 wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besondern Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, anzuzeigen.

Chemnitz, am 9. Februar 1885

Die königliche Amtshauptmannschaft.
Schweizer.

Bekanntmachung.

Die Schulgebührenerhebung im Realgymnasium und in den Bürgererschulen betr. Das auf die Monate Januar, Februar und März d. J. zu zahlende Schulgeld wird

im Realgymnasium	am 18. Februar,
in der höheren Mädchenschule an der Annenstraße	17.
in der höheren Knabenschule	19.
in der höheren Mädchenschule an der Bräunerstraße	20.

erhöhen, und zwar im Realgymnasium und in der höheren Knabenschule vom 8 bis 12, in den beiden Mädchenschulen von 9—12, Nachmittags in allen genannten Schulen von 2 bis 4 Uhr.

Wer zu den vorgenannten Tagen nicht Zahlung leistet, hat das Schulgeld in der Zeit vom 21. bis 23. Februar d. J. in der Schulgeld-Einnahme auf dem Rathhause, Poststraße Nr. 51, Zimmer Nr. 48, zu bezahlen.

Die genaue Angabe der betr. Schulanstalt und Schullasse ist in letzterem Zahlungsfalle erforderlich. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird gegen etwaige Restanten das Verfahren der Zwangsversteigerung ohne nochmalige Erinnerung eingeleitet werden.

Die Schulgeld-Einnahme auf dem Rathhause ist am 16., 17., 19. und 20. Februar d. J. geschlossen.
Chemnitz, am 10. Februar 1885

Der Rath der Stadt Chemnitz.
André, Dr., Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 4 vom Jahre 1885 ist hier erschienen und enthält: Allerhöchster Erlass, betreffend die Einführung des vereinfachten Glau-

tionensverfahrens hinsichtlich des Servituts für Rantonnements- und Marschquartier; vom 29. Januar 1885. Dasselbe liegt an Rathshof, Hauptregistrator, Zimmer Nr. 15, im neuen Rathhaus 14 Tage lang zu Jedermanns Einsicht aus.

Chemnitz, am 11. Februar 1885.
Der Rath der Stadt Chemnitz.
Betzler, Bürgermeister.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Folium 81 verzeichnet, daß sich die Herrn Richard Sommer in Chemnitz für die Firma Chemnitzer Bergschlösschen-Deuenerlei Louis Seltz in Bernsdorf ertheilt die Prokura erledigt hat.

Chemnitz, am 10. Februar 1885.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
Rath.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Folium 498 verzeichnet, daß der Kaufmann Herr Edward Gnaud in Chemnitz infolge Ablebens aus der Firma Edward Gnaud daselbst als Mitinhaber ausgeschieden ist.

Chemnitz, am 10. Februar 1885.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
Rath.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Folium 2743 die Firma A. Friedländer in Chemnitz (Neumarkt Nr. 7) und als deren Inhaber der Kaufmann Herr Alex. Friedländer in Berlin, Besitzer eines Konfektions- und Manufakturwaaren-Handelsgeschäfts, eingetragen.

Chemnitz, am 10. Februar 1885.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung B.
Rath.

Die am 7. April 1883 in Sitzung geborene Handarbeiterin Henriette Wilhelmine Wörlich, welche sich vermuthlich in der Annaberger oder Wartenberger Gegend unversehrt, ist auf eine wider sie erlassene Anzeige zu vernehmen und wird hierdurch zum ungehinderten Erscheinen vor unterzeichneter Behörde resp. zur Anwesenheitsanzeige aufgefordert.

Die Polizei- und Sicherheitsbeamten werden um entsprechende Anweisung der Wörlich und Erfolgsnachricht ersucht.
Chemnitz, den 7. Februar 1885.
Königliche Staatsanwaltschaft.
Dr. Schmidt.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Moritz Edwin Bindler, Inhaber des Konmissions- und Exportgeschäftes unter der Firma Bindler u. Co. hier, Vahnhofstraße 2, und des in Chemnitz unter der Firma Bindler & Co. bestehenden Zweiggeschäftes, wird heute am 5. Februar 1885 Nachmittags 5 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Rechtsanwalt Dr. Köstlich hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 8. April 1885 bei dem Verwalter anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 2. März 1885 Vormittags 11 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen den 22. April 1885 Nachmittags 3 1/2 Uhr vor dem unterzeichneten Verwalter Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Befriedigung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. März 1885 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Leipzig, Abtheilung II.
am 5. Februar 1885.
Steinberger. Beglaub.: Ved. G.-S.

Bekanntmachung.

Anmeldung zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Chemnitz und Vororte.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung für Chemnitz etc. deren Herstellung im laufenden Jahre genehmigt wird, sind spätestens bis zum 1. März bei dem Kaiserl. Telegraphenamte in Chemnitz anzumelden.

Für Anmeldungen, welche nach dem 1. März eingehen, kann auf die Ausführung in der diesjährigen Winterperiode mit Sicherheit nicht gerechnet werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht. Leipzig, 8. Februar 1885.
Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.
geg. Walter.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Rom 11. Februar.

Berlin. Morgen wird der Bundesrath zu Bebel's Reichthum's Waisenhaus-Kontingentsstellung nehmen.

Berlin. Der Reichsbeitrag zu dem Bremer Jollan'schluß wurde von der Reichstagskommission mit allen gegen 2 Mitglieder, die sich der Abstimmung enthalten, bewilligt.

Peß. Der Antisemit Unodj griff auf das Festtage das Regime Tizza's und den Vespertanz an, weil derselbe das Oberhaus seines nationalen und christlichen Charakters entleerte.

Paris. Obgleich Frankreich die Gehälter der Kardinäle nicht herabsetzen will, soll der Papst doch im Begriff sein, französische Kardinäle zu ernennen.

London. Flüchtlinge aus Khartum erzählen: Als Gordon hörte, daß die Truppen des Mahdi in die Stadt eindrangen, stürzte er aus dem Palaste, um Räucher zu rauchen, wurde aber, als er die Schwelle seiner Wohnung überschritt, getödtet. Ein unbeschreiblich wildes Gemwölle folgte. Gordons Anhänger und deren Frauen wurden ermordet, die Kinder mit den Speeren gestiebt. Auch alle Verdammten der 60 Soldaten, welche unter Kudri Pascha den Engländern bei Gubat Beistand leisteten, wurden massakriert. In den Straßen von Khartum floß das Blut. Die große Masse der Truppen schloß sich wüthig dem Mahdi an. Khartum kann jetzt nur noch einer regelrechten und langwierigen Belagerung eingewonnen werden. (Bericht gestern theilweise telegraphisch gemeldet.)

(Weitere Telegramme siehe am Schluß des redaktionellen Theiles.)

Volk und Parlament.

Die Anexion von Länderstücken an den afrikanischen Küsten ist bei uns noch immer an der Tagesordnung und hat sich erst neulich in der Erwerbung von Gambia-Band an der Küste von Nordwestafrika betheilig; doch die staatsmännlichen Ideen des Fürsten Bismarck, welche im Volke die enthusiastischste Aufnahme fanden, scheinen im Parlamente nicht besonders populär zu sein. Schon zu jenen Zeiten vor 1848, ehe noch die Auswanderung riesige Proportionen annahm, beschäftigte man sich mit dem Gedanken, wie es anzustellen sei, daß die Ausgewanderten ihre deutsche Nationalität nicht verlieren, was in Nordamerika binnen einem Menschenalter gewöhnlich geschieht. Die Kolonien, welche sich planmäßig in Brasilien und Texas bildeten, entsprachen der Erwartung durchaus nicht. Sieving in Hamburg lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die mittlere Insel der neuseeländischen Gruppe, doch seine journalistische Agitation blieb ohne jedes praktische Resultat; denn die Regierungen kümmerten sich nicht um das Loos jener Unterthanen, welche sich in die neue Welt flüchteten. Dagegen lebten in Hamburg, Bremen und Lübeck die Traditionen der alten Dania wieder auf, große Handelshäuser schreckten vor überseeischen Unternehmungen nicht zurück, sie nahmen an dem Handel mit Ostasien und den Inseln des Meeres lebhaften Antheil. Das Haus Godeffroy errichtete Faktoreien auf den Samoa-Inseln seine Handelsunternehmungen erstreckten sich immer weiter, unter seinen Befehlen befanden sich auch Naturforscher, welche Sammlungen anlegten und auf Kosten des Hauses veröffentlichten; doch bei einer der Finanzkrisen kam auch dieses berühmte Haus in Verlegenheiten und es wandte sich an die Reichsregierung.

Fürst Bismarck interessirte sich auf das Wärmste für die Erwerbung der Samoa-Inseln, allein das Parlament verhielt sich gegen diesen Antrag gegenüber unfreundlich und ablehnend. Andere hanseatische Häuser errichteten Faktoreien an der Westküste von Afrika und erwarteten Landereien von den Regierhauptlingen, Fürst Bismarck

aber dehnte nicht nur den Schutz des deutschen Reiches auf jene Privatwerbungen aus, sondern sandte auch den berühmten Afrika-reisenden Dr. Nachtigal mit zwei Schiffen aus, um ähnliche Erwerbungen für das deutsche Reich zu machen. Natürlich erregte dies die Aufmerksamkeit des englischen Publicums, welches seinen Unmuth über die deutsche Kolonialpolitik nicht unterdrücken konnte; Gladstone aber, der doch immer der populärste Mann der Mittelklassen ist, erklärte in einer seiner Stenographen, England habe durchaus keinen Grund zur Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Kolonialpolitik; denn was in Afrika und den australischen Inseln werthvoll war, das habe England längst besetzt; die anderen Mächte mögen sich daher in das, was übrig geblieben ist, gemüthlich theilen; für England entstehe dadurch keine Konkurrenz. Das ist eine Frage, deren Verantwortung die Zukunft geben wird. Ob jenes Angola-Bequena im Norden der Kapkolonie, welches das Haus Lüderitz angeblich für 5000 Mark erwarb, wirklich nicht mehr als eine wasserlose Wüste ist, wohnen man, so lange als keine artesischen Brunnen erfolgreich gegraben werden, das Wasser zu Schiff von drei Tagereisen herbeischaffen muß, bleibe dahingestellt. Seine Wichtigkeit beruht darin, daß es den Schlüssel zu dem überaus fruchtbaren und sehr wichtigen Hinterlande bildet und weiterhin einen großen Reichthum an Erzen aufweist. Die Faktorei in Kamerun wieder liegt innerhalb der Wüstenkreise und hat ein Klima, welches der Europäer kaum ertragen kann. Andere Erwerbungen sind ohne Ausnahme nicht beract, daß sie für eine Massenemwanderung geeignet wären; es sind eben lediglich Handelsstationen, deren Bedeutung für das arbeitende, gewerthätige und handelsreibende Mutterland sich schnell genug erweisen wird.

Politischer Rundschau.

Deutsches Reich. Reichstag vom Mittwoch. Die Zoll-debatte wird fortgesetzt. Abg. Bebel bekämpfte die Vorlage. Er giebt zu, daß Schutzzölle der inländischen Industrie zunächst zu Gute kommen, doch sei diese Wirkung keine dauernde. Es entspinne sich ein Interessenkampf, dessen Kosten die Arbeiter und die Kleinrentner zu tragen hätten. Durch den vorgeschlagenen Zoll würden die Spielwaaren, die Schachtelindustrie, die Tischerei etc. empfindlich geschädigt. Der Reinertrag der Forsten in Sachsen sei ungleich höher als in Preußen, das könne doch nur in der Bewirthschaftung liegen. Der in den preussischen Wäldern gepflegte Hirsch sei ein Waldverwüster. Bebel erklärt, den Hauptvortheil aus den Holzschlägen hätten die großen Waldbesitzer, von den Gemeinden lögen auch keine einschlagenden Petitionen vor. Von den Getreidezöllen hätten nur wenige Großgrundbesitzer Vortheil, für die Arbeiter solle bei den landwirthschaftlichen Zöllen nichts ab. Die Arbeiter böten sich billig an. Die Großgrundbesitzer würden die Mehreinnahmen dazu verwenden, ihre Latifundien zu vergrößern. Die Vorlage beschwere die Arbeiter, nähre den Klassenhaß und mache den Wunsch nach einer totalen Umgestaltung unserer Produktionsverhältnisse immer reger.

Abg. Veemann (nat.-lib.) befürwortet die landwirthschaftlichen Zölle, welche auf den Brotpreis wenig oder gar keinen Einfluß hätten, die Landwirthschaft aber heben würden. Es gäbe keine größere soziale Gefahr, als den Ruin des Bauernstandes. Während der Rede tritt der Reichskanzler in den Saal. Dirichlet befreit, daß der Kornzoll den Brotpreis nicht beeinfluße, ebenso, daß die Landwirthschaft Noth leide. Die Ueberschuldung sei dadurch hervorgerufen, daß Leute, die nichts von der Landwirthschaft verständen, Güter übernahmen, die zu hohen Preisen gekauft würden. Weil er ein Freund des Bauernstandes sei, rufe er der Rechten zu: Unrecht Gut geheißen nicht. v. Kardorff erklärt Dirichlet gegenüber, es sei nicht wahr, daß in den Zöllen eignungsrichtige Bestrebungen zum Ausdruck kommen. Der

Berein der Stahlindustriellen habe erklärt, daß er keine neuen Zölle brauche, daß aber der Landwirthschaft geholfen werden müsse. Abg. Kröber (Volksp.) polemisiert namentlich gegen die Holzölle. Abg. Grad (Wähler) trat im Interesse der Industrie in den Reichstagen für die Vorlage ein. Die Weiterberatung erfolgt Donnerstag.

— Aus der gestrigen Reichstags-Sitzung. Abg. Bebel: Sechs Jahre sind seit der Einführung der neuen Zollpolitik verfloßen, und die eifrigsten Befechter derselben werden eingesehen müssen, daß dasjenige, was man von dieser Politik erwartet hat, nicht eingetreten ist. Es beweist das, daß die Schutzpolitik keine Maßregel enthält, welche im Stande ist, dauernd ein Volk in Wohlthat zu erhalten. Selbst Amerika, das Vorado der Schutzpöller, hat gegenwärtig eine Krise durchzumachen, wie man sie in modernen Ländern noch nicht erlebt hat. Daran geht zur Genüge hervor, daß die Krise in ganz anderen Zuständen ihre Ursachen hat, als gewöhnlich angenommen wird. Redner beleuchtet nunmehr das fortwährende Geschrei nach neuen Schutzpöllen und stellt dem gegenüber die Thatsache der beabsichtigten Dampfersubventionen und die Kolonialpolitik, woraus er folgert, daß die Einfuhr von Rohmaterial immer mehr steigen werde. Er zählt die Industrien auf, welche namentlich durch die Holzölle schwer getroffen werden, kritisiert alsdann die Art und Weise der Waldbewirthschaftung und meint, daß hierbei einem System im Uebermaß Rechnung getragen werde, welches er von seinem Standpunkte aus verurtheilen müsse. Er erachtet es für notwendig, daß große Flächen Landes in Ackerland umgewandelt werden, weil das letztere einen vierfach höheren Ertrag liefert, als das Waldland, und behauptet, daß der vorgeschlagene Holzoll wiederum wesentlich dem großen Waldbesitzer zu Gute kommen werde. Dem Getreidezoll, führt Redner aus, ständen in Deutschland beinahe 9 Millionen Familien feindselig gegenüber, weil sie durch diesen Zoll geschädigt würden, während 648,931 Familien, also eine ganz unverhältnismäßig kleine Minorität, den Vortheil davon hätten. Von den großen Summen aber, welche den Großgrundbesitzern durch diese Zölle zufließen würden, hätte kein Arbeiter irgend einen Vortheil, diese Einnahmen würden nur zu neuen Kapitalbildungen benutzt werden. Redner bezeichnet den Kornzoll als eine Progressivsteuer auf die Armut und meint, daß, wenn diese Vorlage während der Wahlkampagne bekannt gewesen wäre, die Wahlen anders ausgefallen sein würden. Die Stimmung im Volke werde umschlagen, wenn die gemachten Versprechungen nicht in Erfüllung gehen, und er sei überzeugt, daß diese Versprechungen ebensovienig in Erfüllung gehen werden, wie die Versprechungen in Erfüllung gegangen seien, die im Jahre 1879 gemacht wurden. Abg. Leemann weist verschiedene Einwendungen der Vorredner zurück und behauptet, daß die Agitation gegen die Zölle die Sache so dastelle, als handle es sich hier um die künstliche Herbeiführung einer Hungersnoth. Er schildert die Lage der Landwirthschaft als eine Nothlage, behauptet, daß die Hilfe der Landwirthschaft im Interesse von Gewerbe und Industrie liege und daß die indirekten Vortheile der Kornzölle der Allgemeinheit zu Gute kommen würden.

— Das preussische Abgeordnetenhaus verweist am Donnerstag den Antrag Boedicker auf gleichmäßiges Strafmaß für das Spielen in unwürdigen Lotterien und den Verkauf von Loosen solcher Lotterien für die ganze preussische Monarchie an die Justizkommission. Zu einer längeren Debatte gab die Umwandlung der 4 1/2proz. Kornzoll in 4proz. Anlaß. Windhorst und v. Uechteritz erklärten sich dagegen, während die übrigen Redner aller Parteien dafür eintraten. Die Vorlage wurde schließlich unverändert angenommen. Endlich wurde über den Lotteriestat verhandelt. Die Kommission beantragte eine Verdoppelung der Loose, Stöder und Genossen beantragten da-